

Abend-Ausgabe.

Die Vergleichen der neuesten Marinebudgets der Großstaaten sind nach vielen Richtungen hin äußerst interessant. Das englische Marinebudget (1896/97) betrug 573,912,813 Frks., die Bevölkerung bezifferte sich auf 37,000,000, die prozentmäßige Ausgabe auf den Kopf der Bevölkerung beträgt also 15.51 Frks., das französische Marinebudget (1896) betrug 272,614,898 Frank., die Bevölkerung bezifferte sich auf 38,000,000, die prozentmäßige Ausgabe auf den Kopf der Bevölkerung betrug 7.17 Frks., das russische Marinebudget (1896) betrug 162,304,783 Frks., die Bevölkerung bezifferte sich auf 100,000,000, die prozentmäßige Ausgabe auf den Kopf betrug 1.62 Frks., das deutsche Marinebudget (1896/97) betrug 109,301,700 Frks., die Bevölkerung bezifferte sich auf 52,000,000, die prozentmäßige Ausgabe auf den Kopf der Bevölkerung betrug 2.10 Frks., das italienische Marinebudget (1896/97) betrug 99,336,646 Frks., die Bevölkerung bezifferte sich auf 30,000,000, die prozentmäßige Ausgabe auf den Kopf der Bevölkerung betrug 3.31 Frks., das österreichische Marinebudget (1896) betrug 33,163,900 Frks., die Bevölkerung bezifferte sich auf 42,000,000, die prozentmäßige Ausgabe auf den Kopf der Bevölkerung 0.78. Sägt man die deutschen Marine-Ausgaben = Markt, so ergibt dies für die Mächte auf die Bevölkerung: England 7.4 M., Frankreich 3.4 M., Rußland 0.8 M., Italien 1.6 M., Oesterreich 0.4 M. Aus dieser ganzen Berechnung wird man erkennen, daß den Deutschen wahrscheinlich die Flotte nicht gerade sehr viel kostet; andere Länder, wie Frankreich, wenden trotz der gewaltigen Ausgaben für das Meer, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, 3½ Mal so viel an und Rußland hat ja ein Marinebudget, das das deutsche um 53 Millionen Franks übersteigt. Solche Zahlen reden denn doch eine gewichtige Sprache, die überall gehört werden sollte. Das neueste Marinebudget der Vereinigten Staaten von America schließt mit einer Summe von 141 355 994.5 Mark ab; 60 Millionen Mark hierbon sind für die Flottenvermehrung ausgeworfen. Die Stärke des Personals ist auf 11 000 Mann und 1509 Schiffseigenen festgesetzt.

hat ihren formellen Abschluß durch ein kaiserliches Dekret an den Ministerpräsidenten Grafen Badeni gefunden, welches die Annahme der Demission ablehnt und dem Grafen Badeni sowie dem ganzen Ministerium das Vertrauen des Kaisers ausdrückt. Graf Badeni will zunächst keine feste Majorität bilden, sondern es den Parteien überlassen, sich zu gruppieren und seine Regierung auf Grundlage ihres Programms und der Ehronrede zu unterziehen. Inzwischen hat sich die Majorität der alten Rechten, bestehend aus Geeden, Polen, der katholischen Volkspartei, feudalen Großgrundbesitzern und Salslawen, in einer Stärke von etwa 230 Mann rekrutiert und eine parlamentarische Kommission nach Art des alten Gefekolomitees der Rechten eingeweiht. Diese Majorität machte sich schon in der heutigen Konferenz der Odmänner geltend, welche den Klerikalen stattdem zum Präsidenten, den Polen Abrahamowicz zum ersten Vizepräsidenten bestimmte und den Platz des zweiten Vizepräsidenten einem Junggehehen offen hielt.

Das Wiener Amtsblatt publiziert zwei Verordnungen der Minister des Innern, der Justiz, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues. Die erste betrifft die sprachlichen Qualifikationen der bei den böhmischen Behörden angestellten Beamten und verfügt, daß die nach dem 1. Juli 1901 angestellten Beamten der genannten Aefors die Kenntnis beider Landessprachen in Wort und Schrift nachzuweisen haben, entweder bei der bisher vorgezeichneten praktischen Prüfung oder bei einer Prüfung ad hoc, der sich der Dienstakttritt unterziehen muß. Eine weitere Verfügung schreibt vor, daß nach Thunlichkeit für die Befetzung der Behörden durch sprachkundige Beamten nach Maß des Bedürfnisses Vorzugs zu treffen ist. Die zweite Verordnung betrifft den Gebrauch der Landessprache bei den böhmischen Behörden des genannten Aefors und verfügt im Wesentlichen, daß im Strafgerichtsverfahren, im Zivilgerichtsverfahren sowie bei allen Erhebungen und Entscheidungen sowohl die Verhandlungen als die Erkenntnisse in jeder der beiden Landessprachen zu erfolgen haben, deren sich die Partei bedient. Für den Verkehr mit den Behörden außer Landes und den Zentralfstellen bleiben die bestehenden Vorschriften in Geltung. Die Sprache der Militärbehörden und der Gendarmerte bleibt durch die Verordnung unberührt. Die Verordnung tritt mit dem Kundmachungstage in Wirksamkeit.

Die freische Angelegenheit wurde gestern wieder eingehend im englischen Unterhause erörtert. Der Parlamentsuntersekretär des Aeußeren Curzon erklärte auf eine Anfrage, alle Mächte mit Ausnahme Deutschlands seien auf streng durch ein Truppenkontingent und alle Mächte ohne Ausnahme durch einen Theil ihrer See- mächte vertreten. Die Regierung habe keine amtliche Erklärung der Gründe erhalten, warum die deutsche Regierung die Sendung eines militärischen Kontingents unterlassen habe. Daß Deutschland die Ausfahrungen und das Vorgehen des europäischen Kongresses theile, sei durch die Entsendung eines Kriegsschiffes bewiesen. Die Regierung höre, daß, was die mehr lokale Frage der Pazifizierung anbelange, Deutschland der Ansicht sei, daß dieselbe von den näher interessirten Mächten in die Hand genommen werden solle. Worley warf hier die Frage ein: Was heißt näher interessirt? Curzon erwiderte, daß manche der anderen Großmächte Seemächte mit Interessen im Mittelasiatischen Meere seien, natürlich folle Deutschland nicht unter diese Klasse. — Curzon erklärte ferner, die Regierung habe keine Kennt- niß davon, daß irgend eine Macht direkte Ver- handlungen zwischen der türkischen und der griechischen Regierung zu verhindern gestrebt hätte, noch habe die Regierung je von solchen direkten Unterhandlungen gehört. Harcourt

richtete die Anfrage an die Regierung, erstens zu welchem Zeitpunkt die türkischen Truppen aus Kreta zurückgezogen würden, sodann, ob die Absicht bestehe, britische Streitkräfte bei der Evakuation Griechenlands zu verwenden und schließlich, ob die Regierung über die gegenwärtige Lage auf Kreta und in Griechenland wie auch über die Politik der Regierung in Bezug hierauf eine Mittheilung machen wolle. Der Erste Lord des Schatzes A. J. Balfour erwiderte hierauf unter Beifallrufen, die Regierung habe der Hofe die Nützlichkeit der Zurückziehung der türkischen Truppen vorgelegt. Die Zurückziehung werde ohne Zweifel schließlich erreicht werden; ein Zeitpunkt könne nicht festgesetzt werden, aus keinem anderen Grunde, als weil gegenwärtig nicht genug europäische Truppen auf Kreta seien, um die mohamedanischen Nichtkombattanten zu beschützen und über die bewaffneten Irregulären eine Kontrolle auszuüben. Ferner erklärte Balfour, wenn es für die Aufrechterhaltung des Friedens nöthig sei, würde die Regierung nicht zögern, sich den anderen Mächten bei einer Evakuation Griechenlands anzuschließen (lauter Beifall bei den Ministern); inzwischen erfolge seitens der Mächte in Athen und in Konstantinopel eine allgemeine Erklärung, durch welche die Aufrechterhaltung des Friedens erreicht werden dürfe, eine Erklärung dahingehend, daß im Falle eines Konfliktes an der Grenze der angreifende Theil werde als verantwortlich angesehen werden für alle Folgen der Störung des allgemeinen Friedens, auf welchen die Mächte das höchste Gewicht legen, und welches immer die Folgen des Kampfes sein mögen, die Mächte würden nicht zugeben, daß der angreifende Theil den kleinsten Vortheil daraus ziehe. Porcourt verlangte alsdann eine Antwort auf den dritten Theil seiner Anfrage. Hierauf erwiderte Balfour, daß das Haus alles Material besitze, das über die Thatlagen bezüglich Kretas und über die auf die Erhaltung des Friedens auf dem Festlande gerichtete Politik der Regierung Aufschluß gebe. Porcourt entgegnete nunmehr, da ihm sehr daran gelegen sei, eine volle Darlegung der beabsichtigten Politik der Regierung zu erhalten und Balfour nicht bereit sei, eine solche Mittheilung zu machen, so künigne er einen Antrag an, welcher eine Erörterung der Lage herbeiführen werde. Er wolle eine Adresse an die Königin beantragen, in welcher darum gebeten wird, daß britische Streitkräfte nicht gegen Griechenland oder das Volk Kretas verwandt werden möchten. (Rufe: Oh! Oh! bei den Ministern.)

Wie das „Neuerliche Bureau“ aus Korfu meldet, sind drei deutsche Korrespondenten wegen ihrer Kritik der Politik der griechischen Regierung aus Griechenland ausgewiesen worden.

Katiffa, 5. April. Der Kronprinz erließ folgenden Befehl an die Truppen gelegentlich des nationalen Festes: „Offiziere und Soldaten! Im Hinblick auf den morgigen Feiertag befehle ich, daß alle unter meinem Kommando stehenden Truppen an diesem Tage eine sehr zurückhaltende Haltung zeigen und sich nicht durch die Erinnerung an den ruhmreichen Tag hinreißen lassen sollen. Ich bin überzeugt, daß meine Befehle werden respektiert werden! Konstantin.“

Kanea, 5. April. Die Admirale haben den Major Vor mit der Vornahme einer Untersuchung über die angebliche Wiederbewaffnung der Türken von Selino sowie über den Verbleib der den befreiten Türken von Kandano abgenommenen Waffen und der in den Regierungsdépôts ordnungsgemäß vorhandenen 5000 Gewehre betraut. Die Untersuchung soll sich ferner auf die Maßnahmen erstrecken, welche zur Fortbringung der mohamedanischen Flüchtlinge außerhalb Kretas ergreifen werden könnten.

Von Luzumarien her, das Hauptmann Berignon besetzt hält, wurden heute Kanonenschiffe genommen. Morgen sollen je 500 englische Soldaten in Kanea und in Sandia ausgeschifft werden.

Die Kaiserin Friedrich ist in Detmold eingetroffen und am Bahnhof von dem Prinzen und der Prinzessin Adolf von Schaumburg-Lippe empfangen worden. Die Kaiserin gedenkt, wie dem „Dann. Courier“ gemeldet wird, bis Osnabrück in Detmold zu verweilen. — Die „Medenb. Nachr.“ veröffentlicht das nachstehende Bulletin über das Befinden des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin: Canning, 3. April. In Folge der langandauernden Phlegmona waren bei Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog verschiedene Beschwerden und Neuralgien in verstärktem Maße aufgetreten, außerdem war durch Appetitmangel und Schlaflosigkeit das Allgemeinbefinden beeinträchtigt und Herzschwäche hervorgerufen. In den letzten Tagen sind Neuralgien und Asthina etwas geringer, die Nahrungsaufnahme befriedigender gewesen, und hat sich dadurch das Allgemeinbefinden geboben. Die Herzschwäche hat sich nicht verschlimmert. Professor Cahn, Geheimer Medicinal-Rath Dr. Müller, Dr. Braguth, Dr. Cahn. — Im Befinden des Staatssekretärs v. Stephan war bis Mitternacht eine Veränderung nicht eingetreten. Um 11 Uhr Abends war Professor von Vergmann bei dem Patienten, eine halbe Stunde später kam auch der Hausarzt des Staatssekretärs, Dr. Schöff, um nach dem Kranken zu sehen, fuhr aber bald darauf wieder fort. Der Kaiser läßt sich täglich über das Befinden Bericht erstatten. Weich allgemeine Theilnahme die Krankheit des Herrn von Stephan erregt, zeigen die im Reichspostamt ausliegenden Listen für die Besucher, von denen Niemand persönlich bei dem Kranken vorgelassen wird. Ferner treffen beständig schriftliche und telegraphische Wünsche für das Wohlergehen des Patienten aus allen Theilen des Reiches und aus dem Auslande ein. — Graf Wallesse ist an Influenza erkrankt. Die Krankheit ist nicht erheblich, doch ist der Patient gezwungen, das Bett zu hüten. — Tekla von Gumpert, die bekannte Jugendschriftstellerin, ist in fast vollendetem 87. Jahre verstorben; ihr „Töchter-Album“ und „Herzblüthiges Zeitvertreib“ sichern ihr ein bleibendes Publikum bei unseren Lektoren. Die Dichterin war seit 1856 mit dem Legationsrath Franz von Schöberl in Dresden verheirathet, der 1882 verstorben ist. — Den in der Schlacht von Gravelotte Erschlagenen des rheinischen Adels

bataillons Nr. 8 wird augenblicklich dort ein **Denkmal** errichtet, dessen Einweihung auf den 18. August d. J. festgelegt ist. Die Form des Denkmals ist eine Zägerfigur in Lebensgröße, die auf einem Sockel von dunklem Granit steht; an drei Seiten sind die Namen der Gefallenen und an der vierten die Widmung angebracht. Das Zägerbataillon verlor in der Schlacht von Gravelotte 6 Offiziere und 56 Mann, während 12 Offiziere und 197 Mann verwundet wurden. — Gegen die Bestätigung der Wahl des Bürgermeisters Jähne zum Oberbürgermeister von Botsdam hat die dortige **Schlächterinnung Einspruch** bei dem Minister des Innern erhoben. Dieser Einspruch stützt sich auf Vorwissenisse im städtischen Schlachthaus, da Jähne der Vorsitzende der Schlachthausdeputation war. — Die Landtagskommission zu Gotha nahm einen Antrag auf **zweiwährige Etatsperioden** und Einführung direkter geheimer Wahl an. — Unter den **sächsischen Sozialdemokraten** ist es wegen der Frage der Beteiligungs an den Landtagswahlen zu heftigen **Meinungsverschiedenheiten** gekommen. Die Genossen des 12. und 13. Reichstagswahlkreises (Seipitz) haben sich nicht nur für Nichtbeteiligung an den bevorstehenden Landtagswahlen ausgesprochen, und damit gegen die Einführung des Dreiklassenwahlgesetzes Einspruch zu erheben, sondern auch erklärt, daß sie sich nicht gebunden fühlen würden, auch wenn die demnächst zusammen tretende Chemnitzer Landeskonferenz die Wahlbeteiligung beschließen sollte. Das Organ der sächsischen Sozialdemokratie, die „**Sächsl. Arbeiterzeitung**“, schreibt hierzu: Bei solchem Standpunkt hört jede Organisation auf, für jeden Genossen bleibt als einzige Richtschnur seines Handelns sein eigenes selbstherrliches Ermessen. Wohin das führt, ist an den Anarchisten zu sehen, demokratisch und sozialdemokratisch ist's auf keinen Fall.

Berlin, 6. April. Der König von Württemberg hat, wie aus Stuttgart gemeldet wird, folgende Ordensauszeichnungen versehen: Dem Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn von Marschall das Großkreuz des Ordens der württembergischen Krone; dem königl. sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Berliner Hofe Wirkl. Geh. Rath Dr. Grafen von Hohenthal und Bergen das Großkreuz des Friedrich-Ordens; dem Obersten und diensttuenden Flügeladjutanten des Kaisers v. Schall das Komthurkreuz des Ordens der württembergischen Krone; dem Oberstlieutenant und Kommandeur des Leibgarde-Dufour-Regts. v. Wallenberg das Ehrenkreuz des Ordens der württembergischen Krone; dem Polizeiobersten Krauze zu Berlin das Ehrenkreuz des Ordens der württembergischen Krone und dem Polizeihauptmann Sigmann das Ritterkreuz 1. Klasse des Friedrich-Ordens.

— Der Kaiser hat unterm 22. März d. J. den Antrag der deutschen evangelischen Gemeinde in Johannesburg (Transvaal) an die preussische evangelische Landeskirche genehmigt. Der zum Pfarrer dieser Gemeinde erwählte Pastor Großmann ist bereits nach Johannesburg abgereist.

— Den Wünschen der Agrarier Rechnung tragend, hatte bekanntlich der Staatskommissar bei der Berliner Börse sowohl die freie Vereinigung der Berliner Producentenhändler, welche im Grenzpalast ihre Versammlungen abhält, als auch den sogenannten Frühmarkt als Börsen im Sinne des Börsegesetzes erklärt. Durch den Minister Freifeld waren darauf die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft um Aeußerung über die Begünstigung des Staatskommissars ersucht worden; dieselbe bewarf, wie mitgetheilt, das Gutachten des Staatskommissars. In der neuesten Nummer der Korrespondenz des Berliner Ältestenkollegiums gelangt nun neben dem Gutachten des Staatskommissars auch das Gutachten des Ältestenkollegiums zur Veröffentlichung. In übergiegender Darstellung wird das Wesen einer Börse im Sinne des Börsegesetzes entwickelt und dargestellt, zu welchen Konsequenzen die Entstehung

gelegentlich, die zwischen den Angehörigen der eingekerkerten Anstalt und den Staatskommissars führen würde. Während der Staatskommissar bereit ist, der Einwirkung auf die Preisbildung das Wesen der Börse erblickt, wird in unangenehmer Weise des Näheren dargelegt, wie diese Einwirkung auch ohne jede Börse schon durch politische oder Naturereignisse erfolgen kann, und wie andererseits eine derartige Einwirkung auf Märkten stattfindet, bei denen noch Niemand eine Unter-

Entwicklung unter das Börsengesetz angeregt hat. Es wird ausgeführt, daß als Konsequenz der vom Staatskommissioner adoptirten Definition jeder Ueberschrieb von Börse und kaufmännischen Vereinigungen aufhören würde und daß damit ein Eingriff in die verfassungsmäßig gewährleistete Vereins- und Berufungsfreiheit geschaffen würde, der schlechterdings zur Aufhebung dieses Gesetzes führen würde. Das Entgegenstehen des Aeltestenkollegiums steht das Wesen einer Börse im Sinne des Börsengesetzes in einer ausgeübten Organisation und Technik und beweist diese Aufstellung zunächst durch Heranziehung der Bestimmungen des Börsengesetzes und seiner Motive; sodann wird auf den Entwicklungsgang der Börsen überhaupt hingewiesen, wonach zwar ein Markt und eine kaufmännische Vereinigung die Vorbedingung einer Börse gebildet hätten, daß es aber einer langen Entwicklung bedürft hätte, ehe sich derart feste Manen und Geschäftsbedingungen entwickelt hätten, daß die der Börse eigenthümliche Abwicklung der Geschäfte und der Börseverkehr überhaupt möglich geworden wäre. Da nun der Staatskommissioner selbst in seinem Gutachten anführt, wie wenig sowohl beim Frühlingsmarkt als beim Feenpalast von einer börse-nmäßigen Organisation und Technik die Rede sei, so ergebe sich daraus fraglos die Verneinung der Börseigenschaft des Frühlingsmarkts und der Vereinigungen im Feenpalast.

— Im August v. J. hatten die Herren Professor M. von Nathusius, Doßprediger a. D. Stöcker und Lic. Weber einen Aufruf zur Abhaltung einer kirchlich-sozialen Konferenz erlassen. Folgendes ohne nennenswerthen Erfolg; denn einer Weiterverfolgung des Konferenzplanes verlaute es erst wieder vor einigen Wochen, als die Herren Stöcker und Weber die Einberufung der Konferenz veranlaßten. Herr M. von Nathusius, dessen Unterschrift auf dem neuen Aufrufe steht, schreibt über diese Angelegenheit in

„Allgemeinen konservativen Monatschrift“ nach-
folgendes: „Ich kann es nicht für den richtigen
Weg halten: eine neue Konferenz oder einen
Kongreß zu berufen oder zu begründen,
wie es jetzt von unseren Freunden Sünder und
Weber geplant ist. Es ist eine kirchlich-soziale
Konferenz“ in Kassel für die zweite Woche nach
Ostern in Aussicht genommen. Wahrscheinlich
ist, wenn diese Worte gedruckt sind, auch das
Programm der Konferenz bekannt. Ich wünsche
den Bestrebungen alles Gute. Aber den Gedanken,
dadurch auf Einmütigkeit der positiv gerichteten
Christen hinzuwirken, halte ich für verfehlt. Es
werden durch neue Konferenzen und durch die
neue Parteibildung nur die alten gehäbigt, indem
hier und da einige Glieder abgeprengt werden.
Ich könnte dem Gedanken also nur zustimmen
unter dem Gesichtspunkte, daß eine solche Konferenz
provisorisch dazu diene, eine Verständigung unter
den Gruppen und Richtungen zu fördern. Aber
für eine derartige Verständigung und Bekämpfung
dow Vorurtheile, Bedenklichkeiten, Mißtrauen
u. s. w. scheint mir eine öffentliche Versammlung
nicht der Ort. Ich werde mich aufrichtig freuen,
wenn sich meine Befürchtung betreffs dieser Ver-
sammlung als falsch erweisen sollte.“

— Das Problem, den Bauhandwerkern den nötigen Schutz für ihre aus wirklichen Leistungen hervorgehenden Forderungen zu sichern, bietet mehrere Seiten. Einerseits kommt es zur Lösung desselben darauf an, das Bauunternehmertum vor dem unzulässigen Mißbrauch durch solche Elemente zu bewahren, welche ohne ausreichende technische oder finanzielle Leistungsfähigkeit wesentlich auf schwindelhaften Erwerb ausgehen. Hier dürfte die Abhilfe auf gesetzgeberischem Gebiete liegen und zwar möchte es sich empfehlen, nicht sowohl präventiv als repressiv nach der Richtung vorzugehen, daß der Gewerbebetrieb eines Bauunternehmers verjagt werden kann, wenn durch Thatfachen erwiesen ist, daß der Gewerbetreibende nicht die nötige Zuverlässigkeit entweder in technischer oder finanzieller Hinsicht besitzt. Sobald aber kommt es darauf an, den Bauforderungen die Möglichkeit der Befriedigung am Ende des Baugrundstücks ohne Beeinträchtigung älterer, im strengsten Sinne des Wortes wohlbeworbener Rechte zu sichern. Der Gedanke liegt nahe, für Bauforderungen eine Sicherungshypothek auf gewähren, welche bei der

Der frühere japanische Premierminister Marquis Takubon Ito hat trotz seines Eintritts im vorigen Jahre noch keineswegs seine politische Laufbahn abgeschlossen. Zwar büßte er sich trotz aller heftigen Angriffe seiner Gegner in vollkommenes Stillschweigen und stellt sich so, als ob ihm bei seinem Umherreisen nichts weiter am Herzen läge, als seine eigene Erholung, aber desto eifriger wirken seine Vertrauten und Parteigänger für sein Interesse. Besonders sein ehemaliger Chef des Kabinetsekretariats, Baron Wajiji Ito, seine „rechte Hand“, leitet als Besitzer die „Toko-Mitschi-Mitschi-Schimbun“ ganz energisch zu seinen Gunsten, und dazu gibt er jetzt noch ein zweites Blatt, „Sei-ai-os-Nippon“ (etwa „Japan für die Welt“) heraus. Auch Motokata Sumoto, der geheime Privatsekretär des früheren Premierministers, giebt seit dem 15. März in ähnlicher Absicht ein neues Blatt heraus, die „Japan Times“, das erste von Japanern begründete Blatt in englischer Sprache.

Stettin, 6. April. Stadtbaurath Straupe dürfte am 1. Mai seinen Posten in der Berliner Stadtbewerthung noch nicht antreten können, wiewohl seinem Ansichgehen aus dem hiesigen Magistratskollegium Hindernisse nicht entgegen stehen. Vom Berliner Magistrat ist die erforderliche Befähigung der Wahl beim Minister des Innern gefordert nachgesucht worden. Befragungsgemäß erheischen derartige Befähigungssachen immer mehrere Wochen Zeit zu ihrer Erledigung, wenn sie nicht ausnahmsweise beschleunigt werden. Darüber dürfte wohl der April zur Reize gehen und nach erfolgter Befähigung wird man dem neuen Stadtbaurath auch noch einige Wochen Zeit zur Bewerthstellung seines Umzuges nach Berlin gewähren müssen.

— Nach einem gestern ergangenen Erkenntnis des Straßensatzes des Kammergerichts gilt die polizeiliche Vorschrift über die Verhängung der kaufmännischen Geschäftsfenster an Sonn- und Festtagen während der Zeit von 1 bis 6 Uhr Abends auch für die letzten Sonntage vor den großen Festen, wo der Betrieb des Handelsgewerbes und die Beschäftigung der Angestellten in derselben Zeit erlaubt ist.

— Der Kapitän zur See z. D. Hellhoff ist zum Präses der Schiffs-Beaufsichtigungskommission der Ostsee ernannt worden.

— Der Ausschickrath des „Vulkan“ beschloß in seiner heutigen Sitzung, der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 6 Prozent pro 1896 wie im Vorjahre zur Genehmigung vorzuschlagen.

— Bei dem am Sonnabend beim hiesigen königlichen Oberlandesgericht abgehaltenen Referendar-Gamen fungirten als Examinatoren die Herren Senatspräsident, Geh. Oberjustizrath Dr. Meyer, Oberlandesgerichtsrath Scholzer und leitens der Greifswalder Juristen-Fakultät die Herren Professoren Dr. Welsmann und Dr. Frommhold. Die vier Rechtskandidaten, welche sich der mündlichen Prüfung unterzogen, die Herren Griep, von Nolte, Maack und von Wyrzlowitz bestanden sämtlich das Examen.

Richtete ein Fonds errichtet werden, aus welchem in Fällen der Hilfsbedürftigkeit den nicht unter das eingebrachte Geld wegen anderweiter Vermessung des Wittwen- und Waisengeldes fallenden Wittwen und Waisen der vor dem Inkrafttreten des Gesetzes verstorbenen Militärpersonen und Beamten eine Erhöhung ihrer Bezüge in den Grenzen derjenigen Beträge gewährt werden soll, welche ihnen nach dem neuen Gesetze zu bewilligen gewesen wären, wenn der Ehemann oder Vater dessen Inkrafttreten erlebt hätte. Der Fonds soll mit einem Betrage von 200 000 Mark errichtet und nachträglich in den Reichs-

Wien, 8. April. Der Polizeipräsident von Berlin v. Windheim ist nach einem achtstägigen Aufenthalt in Wien in Begleitung des Geheimen Regierungsrathes Grafen von Büdler und des Kriminal-Polizei-Inpektors von Meerheide-Süllessem heute Nachmittag nach Pest abgereist.

Belgien.
Brüssel, 5. April. Der General Brialmont
veranstaltet einen Straßenzug zu Gunsten des
persönlichen Heeresdienstes, woran 40 000 Mit-
glieder der Kriegervereine theilnehmen.

Lüttich, 5. April. Sämtliche Direktoren und Verwaltungsräthe des Kohlenbergwerks Jeuneppe wurden wegen Veruntreuung von zwei Millionen verhaftet.

Paris, 4. April. „Gaulois“ erhebt aus-
tätigen die Mitteilung, dort gehe das Gerücht,
daß der Papst Leo XIII. die freilebige Fra-
gen der friedlichen Lösung entgegenzuführen versuche,
indem er den Vermittler zwischen Griechenland
und den sechs Hauptmächten spielen wolle. So
habe er letzten einen Brief an den österreichischen
Kaiser gerichtet, in dem er in warmen Worten
line vollständige Befreiung für Kreta anempfehl-
t. Daraufhin habe sich der Papst auch an den
garen brieflich gewandt, und ein lebhafter Be-
schwererwider habe zwischen diesen beiden Staats-
efunden. Diese Nachricht dürfte wohl griechischer
Shantase entspringen, die den Papst gegen die
Mächte auspielen will.

Ueber die Sitzung des südafrikanischen
Untersuchungs-Ausschusses vom 2. d. werden
nach folgende wesentliche Einzelheiten aus Vor-
berichtet: In der Verhandlung erregte die
Vernehmung des Leuten der Post entlassen
Major's Willoughby besonderes Interesse.
Der Zeuge, der übrigens den Einbruch eines
Mannes von blühender Gesundheit machte, lehnte
auf die Frage Abvogereiz, ob er seinen Offizier-
mitgeteilt habe, daß die Reichsbehörden von
seinem bevorstehenden Einfall in Transvaal unter-
richtet seien, die Antwort zunächst ausdrücklich

